

EU-Projekte: Weniger Bürokratie wäre mehr

Gastkommentar. Mit der Förderung von Projekten etwa zur Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit will die EU ihre Bürgernähe signalisieren. Gleichzeitig erschwert sie es aber immer mehr, diese Projektmittel abzurufen.

VON MARTIN HEINTEL

Vorweg: Ich bin ein Fan der EU als Friedensprojekt. Ich stehe hinter dem Leitbild Kohäsion und schätze Transferleistungen, wenn sie zur Verringerung sozialer und ökonomischer Disparitäten beitragen. 2014 steht eine neue Strukturperiode vor der Tür. Es handelt sich um einen bis 2020 fixierten inhaltlichen und finanziellen Rahmen der EU.

Gegenwärtig wird vorbereitet, bald wird auch auf nationaler Ebene gefeilscht werden. Agrar- und Regionalpolitik zählen zum größten Anteil des Haushaltsbudgets der EU – öffentliche Mittel, die es verantwortungsvoll einzusetzen gilt. Nicht zuletzt will die EU sichtbar sein und durch Projekte Bürgernähe signalisieren.

Erfahrungsgemäß wird es jedoch zunehmend demotivierender, die verfügbaren Mittel zu Projektfinanzierungen abzurufen. Die Bürokratie überfordert, Projektmanagement und -administration überlagern sukzessive zeitlich wie budgetär die zu gestaltenden Inhalte.

Ein Foto vom Mittagsbuffet

Ein Beispiel aus der abgelaufenen Strukturperiode sei angeführt: Im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (ETZ), dem Ziel 3 der europäischen Kohäsionspolitik 2007–2013, geht es um grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Die Zielsetzungen liegen darin, gemeinsame Inhalte grenzüberschreitend zu bearbeiten. Das kann den Arbeitsmarkt, Tourismus, die Umwelt und andere Themen sowie Vernetzungsaktivitäten betreffen. Für Österreich ist ETZ ein wichtiges Ziel, da viele bilaterale Grenzen ehemals durch den Eisernen Vorhang bestimmt waren. Es beinhaltet somit auch eine versteckte Agenda, nämlich Grenzen im Kopf abzubauen.

Um an so einem Projekt mitwirken zu können, muss – in meinem Fall die Universität Wien – gegenüber der Prüfstelle (zuständige Verwaltung des mitfinanzierenden Bundeslandes) beweisen, dass regelmäßig mein Gehalt bezahlt wird. Meine Bank ist gefordert zu beweisen, dass ich den Gehalt meines Arbeitgebers auch bekommen habe. Gleichzeitig muss die Universität Wien beweisen, dass sie meine Sozialversicherungsbeiträge abführt. Und die Versicherungsan-



stalt öffentlich Bediensteter muss beweisen, dass sie diese auch erhalten hat. Zudem muss ich mittels Dienstvertrag belegen, dass ich überhaupt in einem Dienstverhältnis zu meinem Arbeitgeber stehe, obwohl ich als solcher das Projekt beantragt und auf Grundlage dessen bewilligt bekommen habe.

Wird zwecks Workshops in einem Hotel genächtigt, muss schriftlich begründet werden, warum dieses Hotel und kein anderes gewählt wurde – das kostengünstigste sollte es ohnedies sein. Alle Aktivitäten werden fotografiert. Die Aufnahmen dienen später neben den Rechnungen als Beweis für das Zustandekommen dieser. Unlängst wurde sogar das kalte Mittagsbuffet zu diesem Zweck abgelichtet.

Ordner auf Wanderschaft

Kommt es dann zur Abrechnung und Prüfung, werden die Originalbelege in Ordnern zu Fuß zwischen den Institutionen hin- und hergetragen, weil bisher laut europäischer Rechtsgrundlage keine elektronischen Belege akzeptiert werden. Aufbewahrt müssen sie zehn Jahre werden. Aufgrund der prekären Arbeitsverhältnisse im Projektbereich gibt es dann meist keine

kompetenten Ansprechpartner mehr, sollten weitere Prüfungen folgen.

Die Uni Wien hat mittlerweile einen Risikofonds angelegt, um im Bedarfsfall bei Beeinträchtigungen im Zuge der Second-Level-Auditierung gerüstet zu sein. Damit werden Kosten abgedeckt, die ohne Eigenverschulden des Projektnehmers durch Nichtanerkennung von Kosten aufgrund nachträglicher Interpretationen der Kontrollstellen aufgetreten sind.

Große Einrichtungen – wie beispielsweise Universitäten – haben grundsätzlich das Potenzial, an EU-Projekten dieser Art zu partizipieren. Es gibt – neben dem projektfinanzierten Projektmanagement – ein Rechtsservice, eine interne Rechtsberatung für Vertragserstellungen, eine Finanzabteilung zur Abwicklung und die Möglichkeit der Vorfinanzierung.

EU-Projekte müssen nämlich zuerst abgerechnet werden, bevor die EU-Mittel zurückfließen. Hier gibt es oft zusätzliche Verzögerungen durch die Verwaltungsstellen.

Auch muss ein Kofinanzierungsanteil bereitgestellt werden. An der Kofinanzierung von Projekten scheitern ansatzweise schon

die neuen Mitgliedstaaten als Ganze, an der Gesamtlogistik scheitern immer mehr kleine Projektnehmer, die nicht die beschriebenen Ressourcen einer Großorganisation haben.

Zermürbt und aufgerieben

In einer aktuellen Publikation der Österreichischen Raumordnungskonferenz wird bereits von einem „Minderwert“ gesprochen, der durch die steigenden formalen Anforderungen dieser Programmschiene erzeugt wird, und deren „Mehrwert“ auf einen zu kleinen

DER AUTOR



Martin Heintel
(geboren 1967 in Wien)
ist Professor am

Institut für Geografie und Regionalforschung der Universität Wien. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Raumentwicklung. Heintel ist Sprecher des Österreichischen Verbandes für Angewandte Geografie. Er absolvierte zahlreiche Gastprofessuren unter anderem in den USA (New Orleans) und im Oman (Muscat). [Privat]

Kreis von immer denselben Akteuren wirkt, die daran (noch) regelmäßig partizipieren können.

Dennoch werden auch größere Einrichtungen durch die Gesamtentwicklung dieser Projekte zunehmend zermürbt und ressourcenmäßig aufgerieben. Die Bereitschaft, sich auf solche Projektschienen einzulassen, sinkt kontinuierlich, den LEAD – die Projektleitung – zu machen ist überhaupt für viele bereits ein rotes Tuch. Geld erhält die Projektleitung dafür meist keines, da diesbezügliche Arbeitsleistungen als anteilige Kofinanzierung in das Projekt zurückfließen.

In der Regel führen EU-Projekte auch keine Overheads ab, sodass die Supportstruktur der teilnehmenden Institutionen noch zusätzlich Projekte mitfinanziert.

Hürdenreiche Projektkontrolle

Unterschiedliche Verwaltungskulturen und -anforderungen in den einzelnen Mitgliedstaaten steigern überdies die Komplexität in der transnationalen Projektentwicklung. Zusätzlich will jede der betroffenen Verwaltungsebenen hundertprozentige Rechtssicherheit haben. Das wiederum führt zu gegenseitigen Hürden in der internen Projektkontrolle. Betroffen hier sind die Programmverwaltung (zum Beispiel ein Bundesland), die österreichische Prüfbehörde (Bundeskanzleramt) und die Europäische Kommission.

Meine Bitte als Projektnehmer: Weniger ist mehr! So könnte der Wunsch für die neue Strukturperiode lauten – weniger Bürokratie und ein Mehr an Inhalten. Sonst könnte es bald so sein, dass es immer weniger Interessierte gibt, die sich an diesbezüglichen EU-Projekten beteiligen. Dies wäre wohl weder im Sinne der Sache noch im Sinne der Verwaltung.

Österreich hat sehr große Kompetenzen und Traditionen im Bereich der Regionalentwicklung und -politik. Vielleicht wäre ab 2014 eine Spur mehr Vertrauen als Kontrolle bei zukünftigen EU-Projektentwicklungen ein möglicher gemeinsamer gangbarer Weg, um der kontinuierlich wachsenden Bürokratie Einhalt zu gebieten, unter der letztendlich alle Beteiligten die Leidtragenden sind. Inhaltliche Erfolge sollten zukünftig stärker im Vordergrund stehen.

E-Mails an: debate@diepresse.com

PIZZICATO

SPÖ, Sektion Großbürgertum

Menschen mit großbürgerlichem Habitus haben in der SPÖ immer wieder große Erfolge gefeiert. Man denke nur an Victor Adler. Oder an Bruno Kreisky. Wieso sollte es ausgerechnet bei Eugen Freund anders sein?

Er, Sohn eines Arztes und einer Galeristin, hätte es also gar nicht notwendig gehabt, den Genossen diese Woche bei der SPÖ-Klubklausur zu erzählen, dass sie früher zuhause zu fünft in einem Zimmer geschlafen hätten, das noch dazu mit aberhundert Medikamenten vollgestopft gewesen sei. So etwas will der Genosse eh nicht hören, denn er hat es schon tausend Mal gehört – beziehungsweise selbst erlebt. Von den Medikamentenschachteln vielleicht einmal abgesehen.

Und mit schnödem Zahlenwerk nimmt es der Großbürger ja nicht immer so genau. Er hat stets das große Ganze im Blick und hält sich mit Details nicht auf. Das wird ihm zumeist auch nachgesehen. Selbst wenn er pleitegeht. Oder die Verstaatlichte.

Ob Werner Faymann weiß, wen er sich mit Eugen Freund da eingehandelt hat? Er wird es wissen. Spätestens dann, wenn dieser in fünf Jahren Bundeskanzler ist. Eugen Freund jetzt.

Das glauben Sie nicht? Dann nehmen Sie Ihre kleinbürgerliche Brille ab.

(oli)

Reaktionen an: oliver.pink@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburgerstraße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Freiwillig noch einmal in die Politik? Nein danke!

„Neulinge in der Politik...“, „Quer geschrieben“ von S. Hamann, 29. 1. Sehr guter Artikel von Sibylle Hamann. Auch ich glaubte einmal, die Politik „verändern“ zu können, indem ich in die Kommunalpolitik einstieg. Junges, frisches Blut hatte man damals gesucht – mit neuen Ideen und voll Elan. Ja, das alles hatte ich. Und hatte mir auch vorgenommen, den Meinungen und Ideen der Gemeinderäte der anderen Parteien zuzustimmen, falls sie akzeptabel für die Bürger sind. Also nicht gleich verdammen, nur weil es von der Opposition kommt... Aber ich war zu blauäugig. In fast allem wurde ich überstimmt. Mein Plan, eine ehrliche Politik zu

betreiben, ging nicht auf – zumal ich auch als einzige Vertreterin des damaligen jungen LIF im GR saß. Freiwillig noch einmal in die Politik? Nein danke!

Sonja Sommer, 3464 Hausleiten

Bitte mehr Hamann!

Kritik wird ja meistens schnell herausgebrüllt, Lob eher nicht. Ich finde, dass die Kolumne von Frau Hamann eine wesentliche Bereicherung für die „Presse“ ist. Und ich sehe momentan keine Journalistin, die Themen so pointiert und angstlos kommentiert.

Bitte mehr Sibylle Hamann!
Anna Jeller, 1040 Wien

Die Jagd ist ein wesentlicher Partner

„Von Wölfen, Schiefschwüthen und angewandtem Naturschutz“, Gastkolumne von Kurt Kotrschal, 21. 1. In seiner Glosse berichtet Dr. Kotrschal über einen kürzlich erschienenen wissenschaftlichen Fachbeitrag, in dem die wertvolle ökologische Rolle von großen

Beutegreifern beschrieben und gleichzeitig deren Gefährdung durch Lebensraumverlust, direkte Verfolgung oder Verlust an Beutepopulationen aufgezeigt wird.

Österreich bietet einwandernen Großraubtieren einen reich gedeckten Tisch, aber wir haben verlernt, mit großen Beutegreifern zu leben. Österreich ist keine menschenleere Wildnis, daher bedarf es auch konstruktiver Ideen, wie es beispielsweise das aktuelle Herdenschutzprogramm für Schafhalter ist, und nicht einer vor Polemik triefenden Glosse, die sich im Schutz der Wissenschaft althergebrachter Klischees von „Schiefschwüthen“ und „feudalem Filz“ bedient.

Es wäre jedenfalls naiv zu glauben, dass zum Beispiel die Probleme bedingt durch die stark zunehmenden Wildschweindichten in Österreich allein durch Wölfe gelöst werden könnten.

In unseren vom Menschen geprägten Kulturlandschaften können Wolf, Bär und Luchs höchstens mitmaschen, aber nicht regulierend eingreifen. Die Jagd ist da- ➤